

Breslauer Zeitung.

Mittagblatt.

Freitag den 27. März 1857.

Nr. 146

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 26. März, Nachm. 3 Uhr. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 1/2 gemeldet. Die 3 p. St. eröffnete zu 70, 70, hob sich auf 70, 80 und schloß unbeliebt und sehr matt zur Notiz. Pro April wurde die Rente zu 71, 05 gehandelt. Consols von Mittags 1 Uhr waren ebenfalls 93 1/2 eingetroffen. Schluss-Course:

3 p. St. Rente 70, 60. 4 1/2 p. St. Rente 92, 25. Credit-Mobilier-Aktien 1460. 3 p. St. Spanier 39. 1 p. St. Spanier —. Silber-Anleihe 90. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktien 783. Lombard. Eisenbahn-Aktien 651. Franz-Joseph 520.

London, 26. März, Mittags 1 Uhr. Consols 93 1/4.

Wien, 26. März, Mittags 12 1/2 Uhr. Börse ziemlich fest.

Silber-Anleihe 92. 5 p. St. Metalliques 83 %. 4 1/2 p. St. Metalliques 74 %. Bank-Aktien 1020. Bank-Inter.-Schäne —. Nordbahn 23 1/2. 1854er Kooste 110. National-Anleihe 85. Staats-Eisenbahn-Aktien 246 1/2. Credit-Aktien 265 1/2. London 10, 09. Hamburg 76 1/2. Paris 121. Gold 7 %. Silber 4 %. Elisabetbahn 102 1/2. Lombard. Eisenbahn 122 1/2. Theisbahn 102 1/2. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 26. März, Nachm. 2 Uhr. Schluss-Course: Wiener Wechsel 114. 5 p. St. Metalliques 80 %. 4 1/2 p. St. Metalliques 70 %. 1854er Kooste 104 %. Oesterl. National-Anleihe 81 1/2. Oesterl. Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 282. Oesterl. Bank-Antheile 1167. Oesterl. Credit-Aktien 188 %. Oesterl. Elisabetbahn 201. Rhein-Nahe-Bahn 91.

Hamburg, 26. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Börse flau und stille.

Oesterreich. Kooste —. Oesterreich. Credit-Aktien 141 1/2. Oesterreichische Eisenb.-Aktien —. Werrinbank 99 %. Norddeutsche Bank 96. Wien —.

Hamburg, 26. März. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen durchgehends flau und geringes Geschäft. Del. loco 32 %, pro Frühj. 32 %, pro Herbst 29 %. Kaffee unverändert. 6000 Sack Baguira schwimmend und 4000 Sack Brasil umgesetzt.

Liverpool, 25. März. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. Preise unverändert und fest.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 25. März, Abends. Heute hat die vierte Konferenzsitzung in der neuenburger Frage stattgefunden; derselben hat auch der schweizerische Bevollmächtigte, Dr. Kern, beiwohnt. Man glaubt, daß die Angelegenheit sehr nahen Lösung entgegen gehe.

Paris, 25. März. Das Budget für das Jahr 1858 veranschlagt die Einnahmen auf 1737 Millionen Fr. und die Ausgaben auf 1717 Millionen Franken. In außerordentlichen Ausgaben sind für die transatlantischen Paketboote 5,000,000, für die Gehälter der Subaltern-Beamten eben so viel und für die Marine 11 1/2 Millionen ausgeworfen.

London, Dienstag. Lord Palmerston hat sein Manifest an die Wähler in Liverpool veröffentlicht.

Er lädt sie ein, zwischen dem Kabinett und einer Coalition von Elementen zu wählen, die bisher in voller Uneinigkeit gelebt hätten. Er gibt dann zu einer Übersicht der Akte der Regierung über, und erinnert zuerst an die Forderungen, welche bei Gelegenheit des Aufhörens der Feindseligkeiten gegen Russland erhoben worden seien; die durch den pariser Vertrag ausgeglichenen Schwierigkeiten, die Unterdrückung der auf das Einkommen gelegten Kriegsteuer, die dem von der Regierung vorgeschlagenen Budget von einer parlamentarischen Majorität von 80 Stimmen gegebene Billigung, den mit Persien abgeschlossenen Frieden, die mit den Vereinigten Staaten wiederhergestellten Beziehungen.

Die Opposition, sagt er, hat nicht gewagt, das Ministerium in einer dieser Fragen anzugreifen, nicht einmal in der neapolitanischen und sie hat die Angelegenheiten Chinas, wo die britische Flotte von unverschämten Barbaren beschimpft worden ist, zum Terrain der Debatte gewählt.

Schließlich sagt Lord Palmerston: „Zeigt haben Sie zu entscheiden, ob Sie Männer unterstützen wollen, welche in der Entmündigung ihres Landes die Macht suchen, oder ob Sie vorziehen, die Politik der Minister zu billigen, welche den Frieden wollen, ohne der Ehre zu schaden und welche im Innern auf weise gemachte Ersparnisse und fortschreitende Verbesserungen denken, die durch eine weite Verbreitung des Unterrichts und mit Klugheit gezeigte Reformen bewirkt werden sollen.“

Der „Niagara“ ist mit der Post aus Washington vom 11. März in Liverpool angekommen. Der mit Mexico abgeschlossene Vertrag ist von dem Präsidenten verworfen worden. Der Senat hat den Dallas-Clarendon-Vertrag in der amandierten Form mit 31 gegen 15 Stimmen ratifiziert.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

♀ Haus der Abgeordneten. 39. Sitzung am 26. März. Beginn 10 1/2 Uhr. Präsident: v. Arnim. Am Ministerische die Herren v. Bodenschingh, v. d. Heydt, v. Westphalen, einige Reg.-Kommissarien, v. Manteuffel I.

Man geht alsbald zur Tages-Ordnung, der Fortsetzung der Debatte über den Antrag v. Patow. Kühne (Berlin) vertheidigt den Beschluss der Kommission, welche den Antrag v. Patow in der Besorgniß, daß dessen Empfehlung einer nochmaligen Erwähnung seitens der Regierung, jetzt nachdem diese Erwähnung den Neuerungen des Finanzministers folge, bereits wiederholtsatzgefunden, als präjudiziel gegen die Annahme der einzelnen Steuergefechte erachten könnte, entsprechend geändert in einem besondern bereits mitgebrachten (dem Kühne-schen) Kommissionsantrage reproduziert hat. Der Redner fügt, so weit das spätrliche Verständnis reicht, einzelne der Neuerungen vom Ministerium aus der vorangegangenen Debatte auf, um daran seine Bedenken gegen die Nützlichkeit der geheimen Fonds, gegen die angemündigte bedeutende Erweiterung der Marine zu knüpfen. Er erkennt in der Gebäudesteuer den Beginn einer Reform in der Grundsteuerfrage, aber stimmt gegen dieselbe wegen des falschen Weges, den sie hierbei einschläge. Eine Wiedereinführung auf Zeit der Wahl- u. Klassensteuerzuschläge würde er eventuell immer noch für besser halten, als die Salzsteuer. (Bravo!)

Der Ministerpräsident entgegnet auf die die Marine betreffenden Bemerkungen: Preußen habe sehr wohl erwogen, ob eine Marine neben dem starken Landheere für Preußen zuträglich sei und glaube, daß mit verhältnismäßig bescheidenen und der Steuerfähigkeit des Landes entsprechenden Mitteln das vorgestekte Ziel zu erreichen sei. Mit etwa einer Million Thaler jährlich werde sich, wenn erst die Organisationsperiode vorüber, das wohlthätige Institut erhalten lassen. Sollte Preußen nicht erreichen können, was Dänemark seit Beginn des Jahrhunderts, nach Erförung seiner Flotte, mit Verstärkung aller Kräfte erstrebte und erlangt? Man habe in preußischen Blättern die Schwierigkeiten des preuß. Nordsee-Hafen-Etablissemets übertrieben; er hoffe, daß das Unternehmen, wenn auch nach Jahren, vorausichtlich gelingen werde und daß dessen Bedeutung von den Nachkommen erkauft werden würde. (Bravo!)

v. Jagow (Kreuznach) befürwortet den von Kühne am Schlusse seiner genehmigten Gedanken, im Falle der Ablehnung des Salz- und Gewürzsteuer, der Regierung, zusätzlich zur Kommissionssolution, eine Gebäudefeste Wiedereinführung der Schlach-, Wahl-, Klassen- und Einkommensteuerzuschläge, aber nur bis höchstens 20 Prozent, zu empfehlen. Er entwickelt

zur Unterstützung dessen die Bedenken, welche er über den unverhältnismäßigen Druck habe, den die Salzsteuer auf die unteren Klassen ausüben werde.

Der Ministerpräsident entgegnet, daß die Regierung sich das Einsehen auf die einzelnen Steuern bis zu deren Spezialabatte vorbehalte, weshalb er bitte, man möge das Urtheil über derartige Excuse verschieben, bis die Regierung sich über die Einzelsteuern erkläre habe. (Bravo!) — v. Gerlach stimmt dem Antrag v. Jagow mit dem Vorbehalt bei, daß es auch dieses Auskunftsmitte präzipiell nicht billige und nur für besser als die voraufgeschlagenen Steuern halte. Der Redner kommt auf die Beamtengehalts-Erhöhung zurück, indem er ausführt, daß so lange nicht andere Prinzipien in diese Organisation kämen, auch eine Besserung durch Palliative nicht zu erwarten sei. Über die Marine äußert er sein Bedenken, daß eine Landmacht erster Ranges darnach strebe, eine Seemacht zweiten Ranges zu werden. Man könne das aber, so wie überhaupt auch die andern finanziellen Bedenken gegen das Budget übersehen, wenn sich Spuren der Sparsamkeit dabei überall zeigten. Über man sehe auf die Prachtbauten hier und anderwärts, man sehe wie das Budget auf Heller und Pfennig stets die Ausgaben auf die Höhe der Einnahmen zu bringen wisse. Dabei herrsche in diesem Hause selbst eine wahre Begeisterung für neue Ausgaben. Man begrüßte Vorlagen, wie die des Sundzollvertrages, der dem Lande 4 1/2 Millionen Schulden mehr aufwerbe, noch bevor man nur die Vorlage überhaupt gesehen habe. (Bravo.)

Der Ministerpräsident. Wenn alle Argumente des Vorredners so richtig seien, wie das, daß der Sundzollvertrag dem Lande 4 1/2 Mill. Schulden auferlege, so sei er schon zuständig. Der Kommissionsbericht werde das Nähere über diese Summe erweisen. Meine der Vorredner mit den Prachtbauten etwa den Baubau in Berlin, so verweise er ihn dagegen auf das Universitätsgebäude in Königberg, dessen Kosten seit 10 Jahren aus Mangel an Fonds ruhe. Der Minister schließt mit wiederholtem Hinweis auf die Wichtigkeit der Marine für den Handel Preußens.

v. Patow empfiehlt eine von ihm gestellte Resolution, welche neben Ablösung der neuen Steuern die Wiedererhöhung der Schlach- u. w. Steuerzuschläge bis Ende 1858 mit Freilassung der beiden untersten Klassen der Klassensteuer und der in Wahl- und Schlachsteuer entsprechend veranlagten, bewilligen, damit nur die Beamtengehalte und zwar bis 900 Thlr. erhöht wären und die dreijährige Präsenzzeit erst dann eingeführt seien will, wenn Ersparnisse im Militärbudget deren Kosten decken könnten.

Der Schluss der Debatte wird beantragt von v. Hanstein und Breitkampf. Vorher ergreift noch der Finanzminister das Wort, um einzeln in der vorangegangenen Debatte erhobenen Einwendungen zu begegnen und sich gegen sämliche Amendingen zu erklären. Zugleich weist er in ausführlichen Citaten den Widerprozess nach, in dem sich die Ansichten Kühnes, die er vor 2 Jahren in einem Generalbudgetberichte ausgesprochen, mit seinen heutigen Neuerungen ständen. Damals habe er nichts von Paliativen und Steuerzuschlägen gehalten und die Nothwendigkeit großer Massregeln behauptete. Die Regierung theile heute diesen Gesichtspunkt.

Der Schluss wird abgelehnt. Herzberg berichtigt in längerer Rede den Irrthum, den der Abg. v. Gerlach begangen habe, als er ihn citirt, ihn Herrn von Herzberg genannt habe. — Kühne (Berlin) vervollständigt die vom Minister angebrachten Citate, um zu zeigen, daß dieselben keineswegs den jeglichen Regierungsvorlagen günstig gedacht werden könnten. — Der Schluss wird hierauf ausgesprochen. Redner findet keine mehr angemeldet.

v. Patow resumiert als Antragsteller nochmals die für ihn sprechenden Argumente, Nathusius als Berichterstatter die Kommissionsgründe, aus denen er Ablehnung des v. Patowschen Amendingens empfiehlt, einige persönlichen Bemerkungen schließen.

Es folgt die Debatte über die Gebäudesteuer. Die allgemeine Diskussion wird mit der über § 1 vereinigt. Dieser lautet: „Vom 1. Januar 1858 wird in dem Umfang der Monarchie mit Ausschluß der hohenzollerschen Lande und des Fahrtgebietes von den Gebäuden eine besondere Staatsabgabe unter der Benennung: Gebäudesteuer, erhoben.“ Berichterstatter ist v. Lavergne-Peguilhan-Wirfs. — Ein Amendement von Jungbluth, welches die beiden westlichen Provinzen des Staates von der Steuer ausschließen wollte, findet nicht die genügende Unterstüzung.

v. Gymn ist der erste Redner. Er hat ein bei § 6 anzuführendes Amendingen eingebracht, welches für die Gebäude zu gewerblichen Zwecken eine mildere Abschaltung befürwortet, und scheint auch, soweit bei der sehr lebhaften Privationversation im Hause erhebt, diese Spezialverhältnisse, zumal in den Rheinlanden, gegen das ganze Gesetz geltend zu machen, ohne daß daran nur zu entnehmen, ob der Redner für oder gegen das Gesetz gesprochen hat. — Nicht besser ist es mit Carl (Eckenwalde), dem folgenden Redner, der besondern Bezug auf die große Last, welche Berlin in dieser Steuer bedrohte, nimmt. Öfferrath ist der dritte Redner, aus früheren Leußerungen ist bekannt, daß derselbe die Gebäudesteuer als einen Beginn der Grundsteuerreform auffaßt und ihr deshalb unter Modifikationen zusimmt, welche bei den bestehenden Paragraphen näher zu entwickeln seien werden, und die im Wesentlichen die Feststellung eines gleichmäßig auf alle Gebäude des Monarchie anwendbaren Tarifs und die Heraufsetzung des Steuerbetrages von 5 und 2 1/2 % auf 4 und 2 Prozent des Nutzungswertes beanspruchen. Die Sitzung schließt um 3 Uhr, die nächste wird auf morgen, Freitag, 10 Uhr angesetzt.

Graf v. Alvensleben spricht für, hr. v. Zander gegen den Entwurf, worauf der

Ministerpräsident bemerkt, daß das Haus durch Annahme des Gesetzesentwurfs nicht in Widerspruch treten würde mit seinem in letzter Sitzung gefassten Beschlüsse, da das vorliegende Gesetz über die dort aufgeworfene Frage nichts enthalte.

Nachdem nun noch Herr Hasselbach für und Herr v. Malzan gegen den Entwurf sich kurz geäußert, wird die allgemeine Diskussion geschlossen. Zu § 1, der das Prinzip des nachträglichen Ersatzes auspricht, ergreifen mit kurzen Bemerkungen das Wort die Herren v. Düesberg, Krausnick, der Ministerpräsident, Graf Ritterberg, v. Meding und v. Senft, worauf desgleichen in namentlicher Abstimmung mit 98 gegen 2 Stimmen angenommen wird, nachdem der Antrag Krausnick verworfen war. Die beiden ablehnenden Stimmen waren von den Herren von Plöß und Graf v. Schuleburg-Emden.

In rascher Folge und ohne eigentliche Diskussion werden darauf, nachdem Herr Krausnick seine Verbesserungsanträge zurückgezogen, die folgenden drei Paragraphen und dann das ganze Gesetz, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des anderen Hauses, angenommen, worauf die Sitzung um 2 Uhr geschlossen, und die nächste Sitzung auf den 30. März anberaumt wird.

Berlin, 26. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruhet: dem Registrator beim Herrenhause, Kanzleirath Schulz zu Berlin, und dem Kammerdiener Ihrer Majestät der Königin, Colomb, den roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; so wie den seitherigen Landrats- und Amts-Verweser, Friedensrichter Bernhard Paul Friedrich Hugo v. Scheibler, zum Landrath des Kreises Montjoie, im Regierungs-Bezirk Aachen, zu ernennen; und den Bau-Inspektoren Rampolt zu Oppeln und Linke zu Ratibor, den Charakter als Baurath zu verleihen.

Bei der heute beendigten Sitzung der 3ten Klasse 115ter königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 3042; 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 7520; 3 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 4476, 47,849 und 58,670; 1 Gewinn von 500 Thlr. fiel auf Nr. 4056; 5 Gewinne zu 300 Thlr. fielen auf Nr. 19,805, 26,833, 50,813, 52,656 und 85,773; und 8 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 3152, 17,406, 18,957, 45,733, 49,155, 55,423, 83,342 und 88,604.

[Ziehung vom 25. März.] Gewinne zu 80 Thlr. auf Nr. 1186 6892 10436 16437 17649 18171 26777 29881 35049 37664 41358 45026 50610 68263 70017 80361 80719 84906 88523.

Gewinne zu 60 Thlr. auf Nr. 2624 3155 9058 10987 11577 12583 14844 23804 25196 26621 43736 48462 49640 50602 61352 68377 74441 75916 76271 77136 78330 83203 83312 85747 85795 90769 91408 92880 94393.

Gewinne zu 50 Thlr. auf Nr. 39 164 1645 1706 5502 6692 10094 11701 12764 12930 16407 20201 20291 20472 21255 22212 22631 23095 23975 24172 24249 24630 25537 25802 27653 29340 30587 31203 34402 34916 34899 35019 38447 39975 40286 40661 42224 42340 42451 43086



